Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 60 (1980)
Heft: 11

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kommentare

GOLFKRIEG UND SELBSTEINKREISUNG

Die Konsequenzen des Krieges zwischen Iran und Irak können zahlreich und vielfältig sein. Es handelt sich um jene Region, die die Hälfte der Erdölressourcen des Persischen Golfes umfasst. Daher kann dieser Konflikt, der genau sieben Jahre nach dem «Kippur-Krieg» begann, den Industriestaaten weiteren Schaden zufügen. Für Iran könnte eine Folge sein, dass die Streitkräfte galvanisiert werden und das islamische Regime des Ayatollah geschwächt wird. Khomeini ist heute imstande, dem irakischen Überfall Widerstand zu leisten, dank jener Luftwaffe und Flotte, die unter dem Regime des Schahs gebaut wurde und dank der in amerikanischen Stützpunkten ausgebildeten Piloten.

In Irak ist seit einiger Zeit eine Verlagerung der politischen Achse zu beobachten, weg vom prosowjetischen Kurs in Richtung des gemässigten Arabismus. Das kann jenen Strömungen der Bath-Partei Auftrieb geben, die Bagdad enger an Saudi-Arabien, Jordanien und Ägypten binden möchten. Da die Sowjetunion Syriens Eifersucht berücksichtigen muss und Iran nicht herausfordern will, hat sie Irak bisher die technische Hilfe versagt. Ihre Berater waren nicht an den Abschussrampen der Raketen, die die Sowjetunion gebaut hatte.

Es ist leicht zu erahnen, welche Lehre die Iraker aus diesen Ereignissen ziehen werden, und dieser Aspekt der Krise verdient besondere Aufmerksamkeit. Die Sowjetunion scheint nach Ägypten auch noch den anderen arabischen Staat Irak als Schützling zu verlieren: dieser Staat ist aber wegen seiner strategischen Lage und seiner militärischen Organisation von besonderer Bedeutung. Ein ganzes Netz imperialer Bindungen zerreisst, nachdem Moskau es in der neuralgischsten Zone der Welt rund um das «zionistische Geschwür» und die palästinensische Diaspora geduldig geknüpft hatte. Nunmehr steht Israel nicht mehr im Mittelpunkt einer Bedrohung, sondern eines panislamischen Chaos, und wirkt unverwundbarer denn je.

Syrien und Libyen sind scheinbar in einer ganz neuen Föderation verbunden, aber das genügt nicht, um den Verlust Ägyptens und des Iraks wettzumachen. Damaskus bleibt mit seinen ewigen Schwankungen und Zweideutigkeiten für Moskau ein unzuverlässiger Weggefährte. Tripolis ist, was es ist: ein Arsenal in der Wüste, ein Wahn- und Terrorregime, das von einem Tag auf den andern von Gaddhafis Grössenwahn ins Nichts stürzen kann.

Die Epoche Chruschtschews hatte eine entscheidende Wende in der sowjetischen Aussenpolitik bedeutet, die sich damals zum ersten Mal über die kontinentale Tradition der Zaren und Stalins hinaus zur Weltdimension vorwagte. Moskau hatte energisch versucht, die Leere im Mittleren Osten

auszufüllen, die durch Grossbritanniens Rückzug aus den Kolonien entstanden war. Ziel war die Einkreisung Europas im Sinn der Strategie und hinsichtlich der Erdölressourcen. Doch genau im Augenblick, in dem die Sowjetunion die Parität an Raketen und Kernwaffen mit den Vereinigten Staaten, und damit den Höhepunkt ihrer militärischen Macht erreicht hatte, zerriss ihr mittelöstliches Gespinst durch den plötzlichen Lagerwechsel Sadats und den Beginn der Friedensverhandlungen zwischen Ägypten und Israel. Möglicherweise war das der Anfang vom Ende der grossen imperialen Pläne des Kremls.

In der ständigen Bewegung dieser geostrategischen Landschaft lässt sich auch der Einmarsch in Afghanistan besser verstehen. Der Schlag gegen Kabul hat in weiterer Perspektive unter anderen Aspekten auch jenen eines Alternativmanövers, das der allmählichen Erosion der sowjetischen Stellungen in der Levante begegnen sollte. Um die Hindernisse zu umgehen, die von Kairo und Bagdad aus das Eindringen in den Raum des östlichen Mittelmeers hemmen, mag Moskau die afghanische Abkürzung gewählt haben, um von dort aus zur bisher nicht erreichten Kontrolle der Erdöllager und Transportwege zu gelangen.

Kein Zweifel, dass im Sinn des Völkerrechts und des Überdauerns eines kleinen, jetzt von Genozid bedrohten Volkes die Invasion Afghanistans ein Akt aggressiver Expansion war. Doch hinsichtlich der imperialen Kontinuität der Sowjetunion kann diese Invasion auch als ein Ausweichen, ein Rückzug erscheinen, als die Suche nach anderen Mitteln des Drukkes und anderen Wegen zu den warmen Meeren, nach einer Reihe von Fehlschlägen im Nahen Osten. Allerdings wurde diese afghanische Abkürzung ihrerseits zum Fehlschlag. Sie hat den diplomatischen Rückschlägen der Sowjetunion in der arabischen Welt eine politische Katastrophe und ein halbes militärisches Debakel hinzugefügt, und zwar an der verletzbaren islamischen Peripherie des Reiches.

Unlängst hat der polnische Philosoph Leszek Kolakowski festgestellt, dass der Niedergang der Imperien anderen Gesetzen folge als jener der Nationen. Die Nationen entwickeln ihre tödlichen Gifte im Zentrum, wie sich eben jetzt in Italien zeigt. Doch genügt es, an das antike Rom zu denken, um sich zu erinnern, dass die grossen Imperien fast immer von der Peripherie her in Krise geraten, und dass ihr schicksalhafter Niedergang oft die Folge von Grenzkriegen und Polizei-Interventionen gewesen ist. Was als Eroberung erscheint, ist jeweils nur eine Flucht nach vorne. Vielleicht ist uns noch nicht voll bewusst, dass wir seit einiger Zeit Zeugen des beginnenden langsamen Aufrollens von der Peripherie her von Breschnews Imperium sind. Vielleicht übersehen wir es, weil der Beginn des Abstiegs so genau mit dem Apex der Parabel zusammenfällt.

Die Macht der Sowjetunion am Gipfel ihrer imperialen Ausdehnung hat unsere Augen geblendet. Doch eben an diesem Punkt muss Moskau sich in einen asiatischen Krieg verstricken, um Zeit und Raum wiederzugewinnen, die im Mittleren Osten verlorengingen, während es dem neuen polnischen Sekretär nicht

gelingt, die Zersetzung der Partei zu bremsen, wo doch Polen der hauptsächliche Stützpunkt gegenüber Mitteleuropa ist.

Auch im Fernen Osten ist es mit der Stabilität der Sowjetunion nicht gut bestellt. Dort werden ständig 60 Divisionen in Bereitschaft gehalten, um dem Druck Pekings zu widerstehen, dessen neue Machthaber, ganz wie Mao, die «russische Besetzung» einiger Millionen Quadratkilometer chinesischen Landes verurteilen.

Einst war die «Einkreisung der Sowjetunion» nur eine Redewendung, die zu Zeiten Stalins als Rechtfertigung für alles galt. Jetzt ist sie schliesslich zur Wirklichkeit geworden, nur wurde sie nicht von den kapitalistischen Mächten verursacht. Russland selber hat sie bewirkt, weil seine extreme Expansion schliesslich dem Umkreis des Imperiums die Gestalt einer Falle gegeben hat. Während der Zuckungen des Imperiums in den achtziger und neunziger Jahren wird diese gigantische Falle immer häufiger zuschnappen.

Enzo Bettiza

ABER IMMER WIEDER ABSCHIEDE . . .

Deutsch-deutsche Verhaltensstörungen

Manche freilich reisen nach drüben, sie treffen auch ein, aber sie kommen nie an. Das macht, sie wollen nach Deutschland, aber sie finden sich wieder in der DDR. Ihnen geht nicht auf, dass die Grenze einen tiefen Unterschied und eine gemeinsame Geschichte zugleich markiert, dass diese Grenze ernst macht mit Deutschland, «Schiessbefehl», Minenfelder und Selbstschussanlagen eingeschlossen. Solche Seriosität ist abwesend, wo Deutschland wie selbstverständlich als Begriff bloss für die Bundesrepublik in Anspruch genommen wird, wie es besonders inflationär in diesem Wahlkampfjahr geschah.

Da wurde das Schicksal Deutschlands beschworen, wo doch nur ein Parlament und ein Kanzler für die nächsten vier Jahre bestimmt werden sollten. Der Teil Deutschlands, der unter dem Namen DDR firmiert und in dem Deutsche mit dem Namen DDR-Bürger leben, kam in der Wahlentscheidung am 5. Oktober kaum vor; er kam auch im Wahlkampf nicht vor, wofür man angesichts seines politischen Niveaus nur dankbar sein konnte.

Aber reden wir nicht von unbestiegenen Gipfeln, nicht von jenem Besuch auf höchster Ebene, der offenbar den permanenten Aufschub, der sein einziges Charakteristikum zu werden beginnt, nicht nur duldet, sondern sogar ganz gut verträgt. Reden wir nicht von Deutschland, nicht von jenen alternden Alleinvertretern, die ganz vergessen haben, auf den Grundvertrags-Zug aufzuspringen, damit sie wenigstens seine Fahrtrichtung mitbestimmen könnten. Reden wir von den Deutschen, Bürgern der BRD und

der DDR, die also reisen, ohne anzukommen, die einen in der Realität, die anderen in der Illusion.

Eine Mischung «aus Benommenheit und kalbsäugigem Dreinschaun» registrierte ein früherer DDR-Bürger an sich selbst, als er die ersten Schritte in der Bundesrepublik machte. Seine Entlassung aus der DDR-Staatsbürgerschaft fiel zusammen mit der Entlassung aus der DDR-Haft, womit er zwar kein Ausnahmefall, doch immerhin ein Sonderfall ist. Der ist er auch als Journalist mit der Fähigkeit, Erfahrungen zu formulieren; die konnte man vor einem Monat in einer Wochenzeitung nachlesen: als fiktive Briefe an einen in der DDR amnestierten ehemaligen Mithäftling. Rolf Mainz. Der Briefschreiber, früher Leipzig, heute Düsseldorf, beschreibt die Ablösung von der DDR als einen Genesungsprozess. Auch er meinte, nach Deutschland zu kommen und fand sich wieder in der Bundesrepublik.

Er sieht sie als «ein sehr normales, weil demokratisches Land», den Westdeutschen scheine zum erstenmal in der gesamtdeutschen Geschichte die «wirkliche Aussöhnung mit der Demokratie zu gelingen», wobei sowohl die NS-Vergangenheit als auch die DDR-Gegenwart fleissig assistierten. Und weiter wörtlich: «Die Transvestiten, die Kaninchenzüchter und die DKP betteln unentwegt um mehr gesellschaftliche Wertschätzung, aber jeder kriegt hier nur das Seine, und das ist eine sehr demokratische Quittung . . .»

BRD-Neubürger Mainz, der sich so nicht nennen würde, weil seine Gelassenheit, sich Sprachregelungen zu entziehen, noch nicht Schritt hält mit der Souveränität seiner urteilenden Beobachtung – Neubundesbürger Mainz also wird natürlich immer noch von der alten DDR umgetrieben und davon, wie man westwärts mit ihr umgeht. Die Leute hätten hier andere Sorgen, die DDR sei hier nicht der Nabel der Welt. «Die DDR», so heisst es treffend, «ist hierzulande so etwas wie ein Fusspilz. Der ist lästig und gehört irgendwie mit dazu, aber man spricht nicht sehr gern darüber.» Die DDR-Verhältnisse seien eben Sache der DDR-Bürger, wobei immer mitgedacht ist, «dass jeder das politische Regime hat, das er verdient».

Was so böse klingen mag, ist nicht weniger als eine realistische Diagnose, die der Umkehrschluss bestätigt: Denn welcher Bundesbürger ist nicht überzeugt davon, dass er in jeder Beziehung verdient (und sich verdient hat), im grösseren Teil Deutschlands auch den besseren (und notabene bequemeren) Teil deutscher Nachkriegsgeschichte mitzuvollziehen? Spätestens dann, wenn er den kleineren, schlechteren Teil besucht, den *zweiten* deutschen Staat, dann lässt er dieser Überzeugung hochgemuten Auslauf. Dann nennt er seine D-Mark, um sie von der schwachbrüstigen Ostmark abzugrenzen, deutsches Geld; dann spricht er im Interzonenzug – in der Tat, er firmiert noch immer als Interzonenzug, Zug also zwischen den Zonen –, dann spricht er von unserem deutschen Zoll, während die DDR-Rentner im Abteil schlicht zwischen «unsren» und «euren» unterscheiden; der Begriff «deutsch» ist ihnen da wohl zu schade. Der Alltagsgebrauch von «deutsch» oder «Deutschland», ob nun mit besonderer Betonung oder auch unter betontem Verzicht, ist eine fortwährende Aktualisierung jener in

nunmehr fast zwei Generationen gewachsenen Verhältnisse, gegen die offenbar weder Verfassungssätze noch Grundsatzurteile ankommen.

Wenn die DDR, diese «geschlossene Gesellschaft mit Platzanweisern» (auf welchen Nenner sie ein westlicher Professor gebracht hat), wenn die DDR in der Bundesrepublik gleichsam als lästiger Fusspilz gilt, dann ist dortzulande die BRD so etwas wie ein fremder, feiner Schuh. Er gehört nicht dazu, aber man zieht sich ihn heimlich schon ganz gern einmal an, auch wenn er drückt und auch wenn man ihn in der Öffentlichkeit besser nicht trägt. Das Verhalten gegenüber Bundesdeutschen lässt sich von diesem Bild ableiten: Distanzierte Unsicherheit und im Zweifelsfall Rückgriff auf das gewohnte, weniger feine hausgemachte Schuhwerk. Der Fusspilz fühlt sich da wohler.

Auf der Baustelle bei Schkopau, wo eine BRD-Firma dem DDR-Staat ein komplettes Chemiewerk errichtet hat, meinte ein westdeutscher Arbeiter: «Ich gehe auf Montage, wohin man mich schickt. Das hier ist meine erste Auslandsbaustelle.» So empfanden offensichtlich wenn nicht alle, so doch die meisten. Der Baustellenleiter: «Da denkt man, wir haben die gleiche Geschichte, die gleiche Sprache, eigentlich müsste unsere Entwicklung parallel laufen, dabei haben wir uns auseinandergelebt. Wir haben gedacht, wir bleiben in Deutschland, im gleichen Land, aber das hier ist Ausland.» Man konstatierte Veränderungen nicht nur in der Sprache, sondern auch in der Art zu denken. Ein junger DDR-Arbeiter, dem das Privileg zugestanden wurde, mit den Westdeutschen zusammenzuarbeiten, die freilich so viel mehr verdienten, dass sie wirkliche Kollegen nie sein könnten – dieser DDR-Arbeiter sagte, eher resignierend als klagend: «Die haben ganz andere Probleme als wir. Die denken nur daran, am Wochenende abzuhauen, nach Hause. Da ist ihr Leben, da ist ihre Welt. Unsere ist hier. Wissen Sie, was ich glaube? Für die sind wir Ausland.»

Das sind Beobachtungen an der Basis, gemacht von einer westlichen Journalistin. Sie haben eine grössere Tiefenschärfe als die glatten Fernsehbilder von offiziösen Messe-Spaziergängen Bonner Minister oder von befremdenden Stadtbummeln kamerasüchtiger Parteipolitiker. Der Alltag deutsch-deutscher Begegnung, dessen Normalfall der Verwandtschaftsbesuch ist, dementiert die Oberflächlichkeit solcher Bilder.

Da trifft vor allem eine westlich hochgezüchtete Bedürfnisstruktur auf eine östlich real erzwungene Bedürfnislosigkeit. Das selbstverständliche Funktionieren des bundesdeutschen zeitintensiven Alltagslebens zwischen Taxi und Telefon kann in der DDR mit ihren behäbigeren Zeitmassen gewiss nicht erwartet werden. Aber auch blosse Ansätze, verabredete Termine einzuhalten oder etwa das Theater pünktlich zu erreichen, schlagen oft fehl, wenn Telefonzellen defekt oder Taxis nicht zuverlässig sind. Das bringt Verdruss auch unter Freunden, die sich plötzlich verantwortlich fühlen für Verhältnisse, denen sie genauso ausgeliefert sind und die sie ebensowenig beeinflussen können. Von der Misere in den DDR-Gaststätten, einschliesslich des peinlichen Triumphs, endlich plaziert worden zu sein, wollen wir hier lieber schweigen.

Es ist dieser Alltag, der hier fragt: Wer wen? Und an dem sich wundreibt, wer sich weigert, Selbstverständlichkeiten als sozialistische Errungenschaften hochleben zu lassen. Zitat aus einer DDR-Zeitung: «Was das Kollektiv der Konsum-Obst-Verkaufsstelle am Bahnhof Köpenick leistet, verdient hohe Anerkennung. Die Mitarbeiter treten dem Kunden stets freundlich und hilfsbereit gegenüber, auch wenn der Andrang noch so gross ist.» Oder: Verkäuferinnen ernten grosses Lob, weil sie Ware aus dem Lager holen, wenn sie im Laden nicht mehr vorrätig ist. Ein Busfahrer wird gerühmt, weil er nicht nur die Station, sondern auch die Anschlüsse ausruft.

Es liege im Wesen der sozialistischen Gesellschaft, dass sich das in solchen Beispielen niederschlagende Füreinanderdasein immer stärker auspräge, tönt dazu der Kommentar, und weiter: «In unserem Klima sozialer Sicherheit und Geborgenheit werden Menschlichkeit und gegenseitige Hilfe mehr und mehr zum Grundzug der Gesellschaft und der zwischenmenschlichen Beziehungen.» In diese von oben erzeugte Stallwärme eines real existierenden sozialistischen Kollektivwesens, in dem der Mangel zum Verdienst hochgerechnet wird, bricht nun der dekadente Westdeutsche ein mit seinen Ansprüchen aus einer Überflussgesellschaft, die trotz Ölkrise noch immer fortbesteht. Da bleibt es nicht bei Missverständnissen, da bleiben auch Verletzungen nicht aus. Denn die erzwungene Solidarität im Autobus oder am Obststand – verhüllt sie nicht eher ein beschädigtes Leben?

Allerdings: Auch die von der Partei herausgeforderte Solidarität bewahrt einen humanen Kern, das unsolidarische Verhalten in einer von der sogenannten freien Marktwirtschaft beherrschten Wohlstandsgesellschaft ist dazu wahrlich keine Alternative. Das beschädigte Leben – es endet nicht an der Demarkationslinie, die Deutschland zerreisst, wir selbst haben daran teil. Es prägt sich nur anders aus, westliche Verdrängungen sind oft subtiler als östliche Verkrampfungen. Die Anspruchsgesellschaft des Westens vermag den Menschen ebensowenig zu bessern wie die Verheissungsgesellschaft des Ostens: beide ändern ihn, die je spezifischen Deformationen weisen es aus, auch wenn sie nicht immer spezifisch deutsche sind.

Das ändert freilich nichts an der Tatsache, dass die deutsche Frage, sofern sie identisch ist mit der Rettung nationaler Substanz, weder auf der Leipziger Messe noch an irgendeinem Punkt zwischen Dierhagen oder Werbellinsee zur Entscheidung steht. Deutsche Fragen entscheiden sich im Mikrokosmos des doppeldeutschen Alltags, sie lassen sich nachbuchstabieren an den Verstörungen, die wir im alltäglichen Umgang miteinander spüren, an seinen Doppeldeutigkeiten und Fehlinterpretationen. Und die sollen beileibe nicht bedauert oder beklagt werden, lassen sie doch hoffen, weil sie Defizite im Verständnis füreinander signalisieren.

Aber muss man alles verstehen können und vielleicht auch noch alles verzeihen? Etwa den autoritären Umgang mit Kindern, deren Disziplinierung in der DDR-Schule die Eltern nicht nur billigen, sondern oft genug zu Hause fortsetzen? Oder das zwischen Mitleid und Überheblichkeit pendelnde Auftreten westlicher Besucher in der DDR? Etwa die einge-

schliffenen Unterwerfungsgesten im Verkehr mit der realsozialistischen Obrigkeit, die sich ein Pole zum Beispiel nie zumuten liesse? Oder die wechselweise Herablassung angesichts unbegriffener Eigenheiten des jeweils anderen deutschen Staates? Toleranz ist Lüge, wenn sie nicht das befremdlich Andere akzeptiert.

Es gibt Bundesdeutsche, die für die DDR mehr Geduld aufbringen als die Leute, die in ihr leben; sie wissen zumeist weniger Bescheid über den dreissigjährigen Arbeiter- und Bauernstaat als dessen Bürger über die Zustände in der Bundesrepublik. Aber sie geben unverlangte Ratschläge, ehe sie sich westwärts wieder davonmachen, lächerliche Tartuffes auf der Durchreise, über welche die DDR-Bürger milde zu lächeln gelernt haben. Jene DDR-Deutschen, die der Bundesrepublik die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie empfehlen, weil sie ihr Funktionieren nie begreifen durften, können hier vernachlässigt werden, obwohl die nunmehr fünfzigjährige Abwesenheit pluralistisch-demokratischer Praxis tiefe Spuren auch bei denen zu hinterlassen beginnt, die sich nicht als Parteigänger des DDR-Systems definieren.

Wer von einem Staat Deutschlands in den anderen reist, kann, wie die Dinge gegenwärtig liegen, kaum damit rechnen, auch anzukommen; er wird sich auch künftig damit bescheiden müssen, einzutreffen, sich umzusehen und wieder abzureisen. Ankünfte sind im Fahrplan der deutschen Nation vorläufig nicht vorgesehen. Aber immer wieder Abschiede.

Heinz Klunker

Diese Betrachtung wurde vor der neuen Umtausch-Regelung geschrieben, die die Zahl der «Ankünfte» in die DDR mindern wird. *Red.*

GLEICHE RECHTE FÜR MANN UND FRAU

Echtes Anliegen oder zeitgemässe Unzufriedenheit?

Wenn es nur auf die Politiker ankäme, hätten wir die neue Gleichheitsfloskel, mit der unsere Bundesverfassung ergänzt werden soll, auf sicher. Der Nationalrat hat sich in seiner Sommertagung dazu bekannt. Der Ständerat hat in der letzten Woche der soeben zu Ende gegangenen Herbstsession nachgezogen.

Das Geschäft ist fast peinlich programmgemäss über die Bühne gegangen: Die am 15. Dezember 1976 mit 57 000 gültigen Unterschriften bei der Bundeskanzlei deponierte Volksinitiative «Gleiche Rechte für Mann und Frau» ist im Prozess der parlamentarischen Beratungen durch den vom Bundesrat vorbereiteten Gegenentwurf ersetzt worden, der etwas unverfänglicher erscheint als das Original. Insbesondere ist die Vorlage, die Volk und Ständen nun mit der Empfehlung des Parlaments unterbreitet wird, von der Übergangsbestimmung befreit, welche der Inkraftsetzung der Initiative mit ihrem noch nicht absehbaren

Kranz von Ausführungsgesetzen eine Frist von fünf Jahren setzen wollte. Die politische Linke, die sich für das unveränderte Begehren stark gemacht hatte, hat in den Räten nicht viel mehr als ein grossangelegtes Scheingefecht geführt. Die Initiantinnen dürften, wenn sie nicht den Erfolg ihrer Bestrebungen, der ihnen auch mit der Gutheissung des leicht frisierten Entwurfs beschieden wäre, in einer Doppelabstimmung mutwillig aufs Spiel setzen wollen, die Initiative vor dem entscheidenden Urnengang leichten Herzens zurückziehen. Vielleicht haben sie es, bis dieser Kommentar erscheint, bereits getan.

Der gutgeheissene Text

Der Text, zu dem der Stimmbürger Stellung zu nehmen hat, will den geltenden Gleichheitsartikel der Bundesverfassung (Artikel 4: «Alle Schweizer sind vor dem Gesetze gleich. Es gibt in der Schweiz keine Vorrechte des Orts, der Geburt, der Familien oder Personen») durch folgenden Absatz 2 ergänzen:

«Mann und Frau sind gleichberechtigt. Das Gesetz sorgt für die Gleichstellung, vor allem in Familie, Ausbildung und Arbeit. Mann und Frau haben Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.»

Der Text ist dem Expertenentwurf für eine Totalrevision der Bundesverfassung entnommen. Dieser sieht einen neuen Artikel 9 über die Rechtsgleichheit vor, in welchem der erweiterte Artikel 4 mit einem dritten Absatz zusammengebaut ist, der wörtlich die nunmehr vom Parlament beschlossene Präzisierung der Gleichstellung von Mann und Frau zur Diskussion gestellt hat. Man bewegt sich auf von langer Hand vorgespurten Pfaden.

Jedenfalls die Aufnahme im Parlament ist von seltener Einmütigkeit getragen gewesen. Wer die Verhandlungen des Nationalrates vom 12., 16. und 17. Juni im Stenographischen Bulletin nachliest, wo sie 44 grossformatige Druckseiten füllen, sucht in den festgehaltenen Voten, die sich in einem breiten Redestrom vor einer die Publikumstribünen besetzt haltenden interessierten weiblichen Zuhörerschaft ergossen, vergeblich nach Vorbehalten grundsätzlichen Charakters. Demonstratives Wohlwollen für das Anliegen der Frauen, das von lauterem Verständnis für die Emanzipationsbestrebungen zeugte, kennzeichnete die Stellungnahmen aus allen Lagern von links bis rechts. Wenn nicht die Auseinandersetzungen über die Praktikabilität des Lohngleichheitsprinzips gewesen wären, gegen die aus Wirtschaftskreisen einige Bedenken vorgebracht wurden, und wenn nicht die Fristenfrage zwischen Kommissionsmehrheit und -minderheit hätte ausgetragen werden müssen, wäre die Redeschlacht jeder Substanz bar gewesen.

Wer allerdings hinter den Kulissen – in Wandelhallen und Bundeshauscafé – herumgehört hatte, der hat feststellen können, dass zwischen öffentlicher Stellungnahme und wahren Parlamentariergefühlen in mancher Brust eine Kluft klaffte. Im Gespräch unter vier Augen tauchten die Vorbehalte auf, die am Rednerpult sorgsam verschwiegen wurden. In den jüngsten Verhandlungen der Kleinen Kammer ist einiges davon offen ausgesprochen worden. Selbstverständlich mit dem erwarteten Misserfolg.

Fragwürdiger Stimmungsumschwung

Der Werdegang der heute so gesichert erscheinenden Verfassungsergänzung ist indessen durch Fakten gekennzeichnet, die eher nachdenklich stimmen und zu einer vorsichtigeren Chancenbeurteilung mahnen könnten: Die Initialzündung zur Volksinitiative ist vom «Jahr der Frau», zu dem die UNO das Jahr 1975 deklariert hatte, ausgegangen. Die schweizerischen Frauenverbände haben das Stichwort aufgenommen und im Januar 1975 zu einer Solidaritätskundgebung in die Bundesstadt eingeladen. An einem drei Tage dauernden Frauenkongress ist über das Thema Partnerschaft diskutiert worden.

Jener Kongress hat seinerzeit einiges Aufsehen erregt. Die Auftritte einer Ansammlung von Frauen, die parallel zur offiziellen Veranstaltung einen «Anti-Kongress» durchgeführt haben und mit feministischen Schlagworten «den Gottesdienst störten», haben vielleicht über Gebühr die Beachtung der Medien gefunden. Aber auch die ernst zu nehmende Kongressarbeit ist nicht über jede Anfechtung erhaben gewesen. Es ist der Verhandlungsleitung gegenüber von Teilnehmerinnen, die in den Verhandlungen die streng sachliche Auseinandersetzung vermissten, wiederholt der Vorwurf der «Manipulation» erhoben worden.

So ist denn auch der Beschluss, ein Komitee für die Lancierung einer Verfassungsinitiative zu bilden, die eben Artikel 4 der Bundesverfassung mit einem Passus über die Gleichberechtigung der Geschlechter ergänzen sollte, zunächst auf Skepsis gerade der Frauen gestossen, die eben erst nach jahrzehntelangem, unter grösstem Einsatz geführtem Kampf dem Frauenstimmrecht zum Durchbruch verholfen hatten. Ihrer Auffassung hätte es eher entsprochen, mit dem 1971 gewonnenen politischen Mitbestimmungsrecht nun solide Aufbauarbeit zu leisten, statt die Kräfte in einer Aktion zu verschwenden, von der kaum praktische Auswirkungen für eine Besserstellung der Frau erhofft wurden. Die Initiative ist denn auch, wie die bescheidene Unterschriftenzahl zeigt, nur mühsam zustande gekommen.

Auch als das eingereichte Begehren vom Bundesrat ins obligate Vernehmlassungsverfahren geschickt wurde, haben die skeptischen Stimmen noch überwogen. Wohl haben die politischen Parteien schon damals dem Anliegen gegenüber sich «aufgeschlossen» gezeigt – allerdings mehrheitlich nicht in der ultimativen Form. Aber die Kantonsregierungen haben fast durchs Band nicht nur gegenüber der beanstandeten Druckbestimmung der Fünfjahresfrist, sondern ganz generell Vorbehalte der praktischen Durchführung angebracht. Ja, von dieser Seite ist der Sinn einer schematischen Gleichbehandlung der Geschlechter zum Teil recht deutlich angezweifelt worden. Die vertretbaren Verbesserungen in Bereichen, in denen die Stellung der Frau zurecht als benachteiligt kritisiert wird, liessen sich hinreichend gestützt auf die geltende Verfassungsgrundlage realisieren, war zu vernehmen. Und es sind auch Hinweise auf Arbeiten angebracht worden, die diese Besserstellung bereits in Angriff genommen hatten.

Tatsächlich ist auch ohne Gleich-

heitsinitiative einiges in Gang gebracht worden. Beispielsweise im Familienrecht hinsichtlich der Beziehungen der Ehegatten und des Eltern/Kindverhältnisses. Die sich durch den Zivilgesetzgeber der Jahrhundertwende heute benachteiligt fühlenden Frauen haben im derzeitigen Vorsteher des Justizdepartements einen Fürsprecher, der sich ihrer Anliegen energisch annimmt und es auch versteht, sich bei seinen Kollegen im Bundesrat und im Parlament durchzusetzen. Allerdings: extrem feministische Forderungen finden auch bei einem Kurt Furgler kein Gehör. Die Vorwürfe reaktionären Verhaltens, die deswegen von derselben Seite erhoben werden, lassen erkennen, dass der vorgeschobene «Partnerschaftsgedanke» mehr nur ein Vorwand für Selbstverwirklichungsideen ist, mit denen das vom Vorkriegsgesetzgeber hochgehaltene Prinzip der «Einheit der Familie» zu Kleinholz gemacht wird.

«Gleiche Leistung – gleicher Lohn»

Die Tatsache, dass die Gesellschaft Frau und Mann immer noch unterschiedliche Rollen zuweist, ist bei allen Wandlungen, die unsere westliche Industriegesellschaft durchgemacht hat, nicht mit blossen Gesetzgebungsakten aus der Welt zu schaffen. Es halten sich auch bei den Frauen die überkommenen Vorstellungen, die nun einmal dem Mann die Verantwortung für die wirtschaftliche Sicherstellung der Familie zuweisen. Die neuen Ideale, die von einer Gleichstellung von Mann und Frau im Arbeitsprozess ausser Haus und in Haus und Erziehung ausgehen, lassen sich in der Praxis nicht ohne Nachteile, mindestens nicht ohne Schwierigkeiten, verwirklichen.

Nicht jede Berufsarbeit des Mannes lässt sich in eine Halbtagsarbeit umorganisieren. Umgekehrt bleibt die Doppelbelastung der Frau in Haus und Erwerbsarbeit selbst bei eifrigem Mittun des Gatten im Haushalt und bei der Kinderbetreuung, wie es in jungen Familien in erfreulicher Weise Brauch wird, eine kräfteraubende Anstrengung, die zwar durch Einführung vermehrter Teilzeitarbeit und flexiblerer Arbeitszeiten erleichtert, aber nicht behoben werden kann. Jedenfalls ist es seinerzeit ein vorrangiges soziales Postulat gewesen, die «Frauenarbeit» nach Möglichkeit einzuschränken. Kann, was bei Vorliegen wirtschaftlicher Bedrängnis für eine grundsätzlich unerwünschte Erscheinung gehalten wurde, dort viel besser sein, wo die Erwerbsarbeit der verheirateten Frau wegen der leichteren Erfüllung des Wunsches nach dem Auto oder als Flucht vor der als langweilig geschmähten Hausfrauenarbeit forciert wird?

Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Die Zeiten werden nicht zurückgewünscht, da die Tochter aus bürgerlichem Haus stickend und häkelnd auf den Mann wartete, der sie in den Ehestand führte. Es ist eine willkommene Selbstverständlichkeit, dass sich das Mädchen wie der Bursche nach der Schulzeit seriös auf einen Beruf vorbereitet und diesen Beruf als vollwertige Arbeitskraft solange ausübt, bis es die Mutterschaft wählt. Es ist ebenfalls verständlich, dass nach dem Flüggewerden der Kinder eine sich unterbeschäftigt vorkom-

mende Frau das Verlangen hat, ihre brachliegenden Kräfte wieder einzusetzen. Dem Begehren, diesen Wiedereinstieg in den gelernten Beruf zu erleichtern, sollte besser Rechnung getragen werden, als es heute der Fall ist.

Es sollte auch selbstverständlich sein, dass Frauen, die – aus welchen Gründen immer – ledig bleiben oder die für eine Familie zu sorgen haben, dem Mann gleichgestellt werden und mindestens auf die gleichen Sozialleistungen Anspruch haben, wie sie dem Mann unter entsprechenden Voraussetzungen zugesprochen werden. – Aber ist es anderseits so unverständlich, wenn Frauen, die sich nur mit Unterbrechungen in den Wirtschaftsprozess eingliedern, von dieser Wirtschaft weniger begehrt und bescheidener entlöhnt werden? Und – diese Frage ist zugegebenermassen heikel – ist es so abwegig, wenn aus den gleichen Gründen und wegen der beträchtlichen «Investition», welche die einschlägige Berufsbildung verlangt, bei aller theoretischen Chancengleichheit bestimmte Berufe in der Praxis noch immer dem Mann grössere Aussichten bieten als der bestens befähigten Frau, während andere Berufe wegen ihrer leichteren Austauschbarkeit und gestützt auf bewiesene Eignungen immer noch als typische Frauenberufe gelten?

So ist das Postulat «Gleiche Leistung – gleicher Lohn», das Grundgedanke des Verfassungsentwurfs war, bei näherem Zusehen eine Forderung von relativer Bedeutung. Jene, die meinen, dass seine Verwirklichung ohne Nachteil dem selbsttätigen Entwicklungsprozess hätte überlassen werden dürfen, hätten ihrerseits Argumente. Nun: die richtige Auseinandersetzung ist wohl nur auf den Abstimmungskampf verschoben, der sie – wenn nicht offen, so doch untergründig – beim Volksentscheid über die Verfassungsergänzung mitschwingen lassen wird.

Nicht die letzte Rolle dürfte dannzumal der Beschäftigungsstand spielen. Im Falle eines Rückgangs der Wirtschaftskonjunktur sind die Frauen, wie die Erfahrungen beim Konjunktureinbruch von 1976 gezeigt haben, die ersten Opfer einschränkender Massnahmen. Es hat denn auch die damals eben erst eingesetzte Kommission für Frauenfragen in ihrer ersten Publikation diesem Umstand ihre Aufmerksamkeit geschenkt. Es ist hervorgehoben worden, dass die Frauen im Auf und Ab der Wirtschaft eine «Reservefunktion» haben. Das ist selbstverständlich von dieser Seite kritisiert worden. Andere neigen eher zum Urteil, dass dieses Ventil dazu beitrage, gefährliche Spannungen zu dämpfen.

Eine Aufforderung zum Nachdenken

Vielleicht ist in Vorwegnahme von Überlegungen, die bis jetzt mit merkwürdigem Stillschweigen übergangen worden sind, auf das im Herbst 1978 erschienene Buch der Französin Christiane Collange, einer bekannten Vorkämpferin für die Berufsarbeit der Frau, hinzuweisen. Unter dem Titel «Je veux rentrer à la maison» hat die erfolgreiche Redaktorin im Alter von 48 Jahren einige Erkenntnisse festgehalten, von denen sie einleitend gesteht, sie sei sich der unliebsamen

Reaktionen bewusst, die sie bei ihren Leserinnen auslösen werde. – Um Missdeutungen vorzubeugen: Die Verfasserin hält das Postulat aufrecht, dass Frauen und Männer zusammen eine neue Erwerbsgesellschaft mit vernünftigeren Spielregeln aufbauen sollten, um den Stress, von dem auch die Männerwelt genug hat, zu beseitigen. Es wird damit insbesondere auf die schon erwähnten Forderungen angespielt, die Frauenarbeit durch eine den Bedürfnissen der Frau besser entsprechende Arbeitszeitgestaltung zu erleichtern.

Aber zwischen solchen Forderungen und der kritiklosen Gleichstellung von Mann und Frau bleibt ein Unterschied. So ist offen von der unterschiedlichen Einstellung zur Berufsarbeit beider Geschlechter die Rede. Es wird dazu der Ausspruch eines Arbeitslosen zitiert: «Solange ich Arbeit hatte, habe ich mich auch gerne am Haushalt beteiligt; seit ich meine Arbeit verloren habe, ist die Hausarbeit für mich ein Greuel.»

Und noch ein anderer Ausschnitt aus den gleichen Bekenntnissen, der von der gern belächelten «Nur-Hausfrau» handelt und für die Aufwertung der Hausfrauenarbeit ein Wort einlegt: «Segnen wir die ‚non-actives', das heisst die allein den Aufgaben in Familie und Haus sich widmenden Frauen. Ohne sie könnten wir die ohnehin schon bestehenden Schwierigkeiten des Zusammenlebens in unserer modernen Gesellschaft überhaupt nicht mehr meistern. Das Leben unserer Kinder würde noch chaotischer und brutaler. Die Hausfrauen treiben vielleicht die Wirtschaftsmaschinerie nicht direkt an. Ihre Tätigkeit kann nicht in Zahlen der Steigerung des Sozialprodukts ausgedrückt werden. Aber es ist kein Zweifel, dass sie uns ungeheure Ausgaben einsparen helfen. In den Bereichen der Gesundheit, der Justiz. Indem sie eine bestimmte Lebensqualität garantieren. Denn wer hat sonst noch Zeit ausser ihnen, sich neben der Kinder anderer Mütter auch der Alten, der Kranken anzunehmen. Ihnen kleine Dienste zu leisten und Aufgaben abzunehmen wie den Gang in die Apotheke oder den Lebensmitteleinkauf. Die Barmherzigkeit ist nicht mehr ‚in'. Sie verlangt Opfer und Verzicht. Also lauter Dinge, die demodiert sind. Aber können wir ohne sie auskommen?»

Wie gesagt, Christiane Collange ist noch nicht so weit, dass sie für sich, die immer im Beruf gearbeitet hat, die Doppelbelastung als Berufsfrau und Mutter aufgeben und ganz ins Haus zurückkehren würde. «Aber ich hoffe sehr, dass ich doch noch zu diesem Entschluss mich durchringen kann, ehe das Alter mir diesen Schritt nahelegt . . .»

Hoffen wir mit ihr und im Interesse vieler Frauen, dass solche Wünsche nicht ganz in den Wind der kämpferischen Auseinandersetzung zwischen Mann und Frau gesprochen sind, die unser Leben nicht einfacher macht.

Arnold Fisch

Dem Thema «Die Schweizerin in Politik und Beruf» wird demnächst ein Heft gewidmet. *Die Redaktion*

DER NEUE FRIEDMAN

Wir beobachten gegenwärtig eine merk-würdige Erscheinung auf dem amerikanischen Buchmarkt: Ein Werk, das sich engagiert auseinandersetzt mit wirtschaftlichen, politischen und sozialen Problemen, steht seit seinem Erscheinen, und das heisst seit Anfang dieses Jahres, am Kopf der Bestsellerliste von «Time». Wie erklärt sich ein so ungewöhnlicher Erfolg? Was ist das für ein Buch?

Nun, es ist das zweite gemeinsame Werk von Milton und Rose Friedman. Sein Titel *«Free to Choose»* [1] meint: noch haben wir die Wahl zwischen freier Marktwirtschaft und zentralistischer Staatswirtschaft. Nach kurzer Lektüre schon entdecken wir, worin die besondere Faszination dieses wirtschafts- und sozialpolitischen Sachbuches liegt: In der lebensnahen, anschaulichen und leichtfasslichen Behandlung des liberalen Ideenguts, in den dramatischen Aussagen, am flüssigen Stil. Dem Autorenpaar gelingt es, sich verständlich zu machen, auch wenn es um so schwierige Kapitel geht wie die Geldmengentheorie. Und der Bürger greift zu diesem dreihundertseitigen Band, weil er mitdenken, mitreden und mitentscheiden möchte. Aktiv zu werden, dazu fordert das Buch auf.

Wenn wir im Titel von einem *«neuen* Friedman» sprechen, so meinen wir das im doppelten Sinn: Nicht nur haben wir ein neues Werk des Nobelpreisträgers vor uns, sondern der Autor und seine Gattin zeigen sich auch von einer neuen Seite. Freilich nur an wenigen Stellen. Auf weiten Strecken sind die Friedmans die alten geblieben, nämlich die kompromisslosen Liberalisten der Chicagoer Schule, die sich immer wieder auf *Adam Smith* beruft, der bekanntlich die Ansicht vertrat, eine Wirtschaft funktioniere dann am besten und zum Wohl aller, wenn sie durch «die natürliche Kraft des Eigennutzes» gesteuert werde.

In Adam Smiths *«Reichtum der Nationen»* (1776) steht der berühmte Kerngedanke, der Mensch, der nur im Blick auf sein eigenes Wohlergehen handle, werde durch eine unsichtbare Hand zu einer Leistung an der Gemeinschaft geführt, die gar nicht in seiner ursprünglichen Absicht gelegen habe. Indem er aber allein seine eigenen Interessen verfolge, diene er häufig denen der Allgemeinheit besser, als wenn er das direkt beabsichtigt hätte.

Wenn nun die Friedmans diese These zur absoluten Wahrheit erheben, so sollten sie sich fragen, ob Adam Smith heute noch so denken würde, und sie sollten zudem in Betracht ziehen, dass ihr Vorbild auch Theologe und Philosoph, also im deistischen Glauben verhaftet war und deshalb einen selbstverständlichen menschlichen Anstand, *«eine Sympathie für den andern»,* den Wunsch, *«die Zustimmung und Achtung seiner Mitmenschen zu gewinnen»,* als mitentscheidende Faktoren in seine Rechnung einbezog.

Zu solcher mitmenschlichen Verantwortung bekennen sich übrigens auch prominente Wirtschaftsführer unserer Zeit, beispielsweise *Dr. Louis von Planta,* Präsident des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, wenn er zu einer Orien-

tierung an ethischen Grundsätzen aufruft und präzisiert, der Unternehmer müsse sich bewusst werden, dass seine wirtschaftliche Einheit nur ein Bestandteil eines Ganzen darstelle und er deshalb vermehrt an der Gesamtverantwortung teilnehmen müsse. (Management-Gespräch, Hochschule St. Gallen, Mai 1980.)

Gegen solche «Verwässerung» ihres utilitaristischen Credos würden die Friedmans natürlich protestieren. Doch können wir uns mit dem Autorenpaar wiederfinden, wenn es den Westen davor warnt, auf der antiliberalen Welle zu reiten und mit zentralistischen Problemlösungen zu liebäugeln. Es sei uns nicht genügend bewusst, wieviel es brauche, damit wir die unterschiedlichsten Güter und Dienstleistungen, die wir täglich benötigen, stets auch anstandslos bekommen, sagen sie. Es bedürfe dazu eines eingespielten, sensiblen, auf Freiwilligkeit beruhenden Automatismus: eben des *freien Marktes*. Bitte: wir kaufen einen Bleistift. Andere tun dasselbe, und keiner hat eine Ahnung von der weitreichenden Kettenreaktion, die er damit auslöst: das Ladenregal muss nachgefüllt werden. Ein Bleistiftfabrikant beschafft Zedernholz aus Kalifornien. Dort werden Bäume gefällt, mit Lastwagen und Bahn wegtransportiert, auf Schiffe verladen und schliesslich an die Bleistiftfabrik abgeliefert. Aber der Hersteller braucht noch Graphit. Das kommt aus Ceylon auf noch längerer Reise zu ihm, um auf erfindungsreich entwickelten Maschinen ins Zedernholz eingeschossen zu werden. Bleistifte quellen zu Tausenden aus der Maschine und werden in die Handelskanäle eingeschleust. Der Nachschub funktioniert reibungslos, jedenfalls viel effizienter als im zentral gelenkten Wirtschaftssystem, wo ein oberster Verantwortlicher – wie ein General im Militär – Befehle erteilt, die stufenweise nach unten weitergegeben werden. Diese altmodische Steuerung per Kommando sei heute selbst für eine schlagkräftige Armee untauglich geworden, meinen die Friedmans. Auch das Militär brauche Kooperation und Motivation auf allen Ebenen, was wir übrigens von Divisionär Frank Seethaler unlängst bestätigt bekamen. Das Militär will von der Wirtschaft lernen.

Das von bürokratischen Eingriffen frei sich entfaltende Kräftespiel von *Nachfrage und Angebot* ist unsere natürliche und gedeihliche Lebensgrundlage. Dies machen uns die Autoren mit vielerlei Vergleichen klar. Sie weisen auf die *Entwicklung der Sprache* hin, die von keiner zentralen Instanz geschaffen wurde, sondern im Wildwuchs als notwendiges Kommunikationsmittel entstand; sie verändert sich laufend aufgrund neuer Bedürfnisse. Als die Académie Française begann, die französische Sprache zu begutachten, war diese längst da, und heute bleibt der Académie nur noch übrig, neu entstandene Formen entweder offiziell abzulehnen oder mit ihrem Gütesiegel zu versehen.

Milton und Rose Friedman sind natürlich Fürsprecher der *freien Preisbildung. Staatliche Preiskontrolle ist von Übel.* Den Anschauungsunterricht haben die Amerikaner 1974 und 1979 genossen: die Autoschlangen an den Tankstellen haben nämlich nicht die OPEC-Staaten verursacht mit ihren massiven Preiserhöhungen, sondern die Regierung der USA. Sie liess 1971 die Preise einfrieren, und seitdem

waren ihr die Hände gebunden, sie musste Höchstpreise bestimmen für Rohöl und Benzin. Bei fixierten Höchstpreisen entstehen aber Fehlmengen, weil den Lieferanten die Lust am Liefern vergeht; die Nachfrage wird grösser als das Angebot, und die angebotenen und nachgefragten Mengen stimmen nicht mehr überein. Und dies nicht nur auf dem Ölmarkt.

Der Preis hat innerhalb der freien Marktwirtschaft *drei Aufgaben* zu erfüllen: 1. Er informiert und orientiert den Anbieter: was ist gefragt? Was verlangt der Markt? Wovon gibt es zuwenig oder zuviel? Der Preis stellt das Marktgleichgewicht her. 2. Der Preis stimuliert und veranlasst den Hersteller, nach günstigen Produktionsmethoden und Rohstoffen zu suchen. 3. Der Preis beeinflusst die Einkommensverteilung, er bestimmt, was für Leistungen gefragt sind und daher höher bezahlt werden. Der Preis spiegelt, wenn er nicht manipuliert wird, stets getreulich und augenblicklich die Weltmarktlage.

«Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit» schrieb die französische Revolution auf ihre Fahnen. Gleichheit ist ein missverständlicher Begriff, der im Westen auf gefährliche Weise strapaziert wird. Zur Geburtsstunde des Freiheitsgedankens lautete seine Definition so: *«Une carrière ouverte aux talents.»* Das war richtig. Wer in diesem Sinn Gleichheit will, meint aber *nicht Identität.* Die Menschen kommen nicht identisch zur Welt. Jeder ist einmalig, in letzter Instanz aber gleich wertvoll, wenn auch physische und intellektuelle Gaben ungleich verteilt sind und die Intelligenzquotienten variieren. Dem einen wird in die Wiege gelegt, was der andere vermisst. Wer unter Gleichheit Gleichmacherei versteht, muss logischerweise dafür sorgen, dass dem *un*musikalisch geborenen Kind ein Maximum an musikalischer Erziehung zuteil wird, während dem musikalischen eine weitere Förderung seines angeborenen Talents versagt bleiben muss, damit schliesslich beide auf derselben Ebene existieren. Das Leben ist nicht gerecht und nicht fair. Nicht aus jedem Geiger kann ein Menuhin werden, nicht jede Frau ist mit den Beinen von Marlene Dietrich ausgestattet.

Überall, wo Gleichheit staatlich etabliert werden soll, wird die Freiheit zerstört. Und nirgends sind die Armen ärmer als dort, wo die Regierungen die Gesetze des freien Marktes abgeschafft haben. Eine freiheitliche Staatsverfassung ermutigt die Menschen, ihre Gaben zu nützen und sich individuell zu entfalten. Sie hindert andere daran, ihre Mitmenschen zu unterdrücken. Die guten Positionen in unserer Gesellschaftshierarchie sind nicht geschützt. Wer oben sitzt, spürt dauernd die Konkurrenz von unten. Er steht unter einem Wettbewerbsdruck und muss in dem Augenblick weichen, wo er seine Aufgabe nicht mehr erfüllt.

Dass die Friedmans keine Freunde des *Konsumentenschutzes* und ihres amerikanischen Anführers Ralph Nader sind, liegt auf der Hand. Sozialkritiker, Reformer, gewisse Wirtschaftswissenschaftler und Philosophen haben dem amerikanischen Volk eingeredet, dass Industrie und Handel nur eines im Auge hätten, nämlich die Unwissenheit des Konsumenten auszunützen und ihm schäbige Produkte zu verkaufen oder sogar Dinge anzudrehen, die er überhaupt nicht wolle.

Immer mehr greift der Staat ein, um den Konsumenten zu schützen, auch vor sich selbst. Was dabei herauskommt, zeigt Ralph Naders denkwürdige Attacke auf das Corvair-Modell von General Motors. Nach zehnjähriger Agitation gegen diesen Wagen, den Nader als *«unsafe at any speed»* bezeichnete, wurde eine behördliche Untersuchungskommission eingesetzt, die während anderthalb Jahren den Corvair testete, um zu folgendem Schluss zu kommen: *«Der 1960/63 von General Motors hergestellte Corvair vergleicht sich vorteilhaft mit andern ähnlichen, zur gleichen Zeit hergestellten Konkurrenzfahrzeugen, die im Test geprüft wurden . . .»*

Mr. und Mrs. Friedman können nun freilich nicht umhin, sich mit einer Schattenseite der über alle Erwartungen Wohlstand spendenden und wachstumfördernden freien Marktwirtschaft auseinanderzusetzen: mit den *Umweltschäden*. Hier machen die prominenten Rufer nach *«weniger Staat»* eine Konzession: *«Der Umweltschutz und die Verhütung unzulässiger Umweltverschmutzung sind ernste Probleme»*, sagen sie, *«bei deren Lösung die Regierung eine wichtige Rolle zu spielen hat.»* Dabei müssten wir allerdings zwei falsche Vorstellungen aufgeben: wir dürfen uns nicht einreden lassen, dass es eine pollutionsfreie Welt gebe; und zweitens sei das Bild des herzlosen Unternehmers, der aus purer Bosheit und Gewinnsucht Schadstoffe in die Luft jage, kindisch.

Die Friedmans plädieren für eine *Verursachersteuer*. Sie verteuert jene Produkte am stärksten, bei deren Herstellung und Verbrauch die meisten Schadstoffe entstehen. Die Verursachersteuer habe eine wirksame Umweltentlastung zur Folge, weil sie den Verbraucher veranlasse, mit teurer gewordenen Produkten sparsam umzugehen oder noch besser, sie durch umweltfreundlichere zu ersetzen. Die Industrie ihrerseits werde angeregt, alte Produktionsverfahren zu verbessern und Surrogate zu entwickeln. Die Verursachersteuer werde das Problem effektiver lösen als papierene Vorschriften. Es ist nicht ganz durchsichtig, inwieweit die Friedmans aus rein utilitaristischen Gründen für sauberes Wasser und reine Luft sind. Sie sprechen von Hemdenkragen, die sauber bleiben sollten, und denken natürlich auch an gesundheitliche Schäden, welche die Umweltverschmutzung verursachen kann. Uns aber beschäftigen darüber hinaus geldmässig nicht erfassbare Folgen: die Ausrottung von Pflanzen und Tieren, die Verarmung der Natur und schliesslich die Einsicht, dass ein gestörtes ökologisches Gleichgewicht die Welt unbewohnbar macht. Doch aus welchen Gründen auch immer, die Friedmans zeigen sich heute grün angehaucht.

«Free to Choose» ist, wie im Untertitel des Buches steht, ein persönliches Statement zuhanden der Öffentlichkeit, geschrieben für alle, die für Freiheit, für Eigeninitiative, für Selbstverantwortung, aber gegen Zwangswirtschaft und totale bürokratische Reglementierung unseres Daseins sind. Für sie ist das Buch ein Argumentenkatalog ohnegleichen.

Adolf Wirz

[1] Milton und Rose Friedman: Free to Choose. Harcourt Brace Jovanovich, New York und London 1980. Deutsch: Chancen, die ich meine, Ullstein, Berlin.